

## ÄNDERUNGSANTRÄGE SVP FRAKTION

*Parlamentssitzung vom 23.9.25*

Betrifft Antrag mit Beschluss Nr. 698, „**Nachtrag VII zum Geschäftsreglement des Stadtparlaments (SRS 151.1)**“

### **Änderungsantrag zu Art 14quater: Ersatzlose Streichung von Art. 14quater**

Antrag: Art. 14quater ist ersatzlos zu streichen.

Begründung:

- Bestimmung b ist zwar der Regelung des Kantonrats nachgebildet (Art. 59 GeschKR [sGS 131.11], lässt aber ausser Acht, dass diese Bestimmung noch aus einer Zeit stammt, in der das Öffentlichkeitsgesetz keine Geltung hatte und inzwischen auch auf Stufe Kanton obsolet ist, weil die Protokolle aufgrund des Öffentlichkeitsprinzips aktiv inkl. Namensnennung der jeweiligen Votantinnen und Votanten in der Kommission publiziert wird.
- Bisher fehlte diese Bestimmung im Reglement, ohne dass es je zu Problemen gekommen wäre.
- Bei Vorlagen, welche nach der Kommission ins Parlament kommen, kann diese Bestimmung nicht angewendet werden. Denn dessen Beratung in der Kommission soll nicht geheim sein, denn die Bürgerinnen und Bürger der Stadt haben ein Recht darauf über die Arbeit des Parlaments und der Kommissionen informiert zu werden.
- Schon heute wird das Kommissionsgeheimnis überstrapaziert, was die Parlamentarierinnen und Parlamentarier verunsichert. Aus Vorsicht wird häufig zu wenig berichtet, als man dürfte, was die Meinungsbildung erschwert.

### **Änderungsantrag zu Art. 56: Ersatzlose Streichung von Art. 56**

Antrag: Art. 56 ist ersatzlos zu streichen.

Begründung:

- Diese Norm ist nicht notwendig, das Budget kann behandelt werden, wie jedes andere Geschäft auch. Die Gemeinde Gossau kennt keine Spezialregelung zur Budgetberatung, indem sich das Parlament für die Budgetberatung unnötig in Ihrem Handeln und Kognition beschränkt.
- Die Aussage im Antrag, dass die verschiedenen Fragen, welche sich zu dem Artikel in der Debatte zum Budget 2025 (und eigentlich in jedem Jahr) gestellt haben.

### **Eventualantrag 1 zu Art. 56: Ersatzlose Streichung von Art. 56 Abs. 1 Satz 2**

Antrag: Art. 56 Abs. 1 Satz 2 ist ersatzlos zu streichen.

Begründung:

- Wir auferlegen uns mit dieser Bestimmung eine unnötige Bürde, es ist verhandlungs- und prozessökonomisch sinnbefreit, wenn das Budget zuerst durchberaten werden muss, wenn von vornherein klar ist, dass das Budget vom Parlament über alle Fraktionen hinweg zurückgewiesen wird.
- Man soll weiterhin die Möglichkeit haben zu Beginn der Budgetberatung einen Antrag über sofortige Abstimmung zu stellen

### **Eventualantrag 2 zu Art. 56: Ersatzlose Streichung von Art. 56 Abs. 4**

Antrag: Art. 56 Abs. 4 ist ersatzlos zu streichen.

Begründung:

- Diese Regelung war bisher nicht im Reglement und das Fehlen hat auch bislang nicht für Probleme gesorgt
- Hingegen haben die Diskussionen im Vorfeld dieser Debatte zu diesem Absatz gezeigt
- Wir auferlegen uns viel zu grosse unnötige Restriktionen
- Selbst gebundene Ausgaben können gekürzt werden, wenn man z.B. Prozesse effizienter gestalten könnte oder z.B. bei einer Ersatzbeschaffung eines Polizeifahrzeugs ein günstigeres Modell in Frage kommt, dann ist der Kern der gebundenen Aussage nicht angetastet und kann durchaus vom Parlament entsprechend gekürzt werden.

### **Eventualantrag 3 zu Art. 56: Abänderung von Art. 56 Abs. 4**

Antrag: Art. 56 Abs. 4 ist wie folgt zu ändern:

*<sup>4</sup> Anträge zu budgetmässig gebundenen Posten sind zulässig, wenn sie nur durch Parlaments- oder Stadtratsbeschlüsse gebunden sind*

Begründung:

- Diese Regelung war bisher nicht im Reglement und das Fehlen hat auch bislang nicht für Probleme gesorgt
- Hingegen haben die Diskussionen im Vorfeld dieser Debatte zu diesem Absatz gezeigt
- Wir auferlegen uns viel zu grosse unnötige Restriktionen
- Selbst gebundene Ausgaben können gekürzt werden, wenn man z.B. Prozesse effizienter gestalten könnte oder z.B. bei einer Ersatzbeschaffung eines Polizeifahrzeugs ein günstigeres Model in Frage kommt, dann ist der Kern der gebundenen Aussage nicht angetastet und kann durchaus vom Parlament entsprechend gekürzt werden.
- Selbst wenn man der Argumentation folgen möchte, dass gebundene Ausgaben tatsächlich nicht in der Budgetdebatte vom Parlament geändert werden können, dann betrifft dies nur Ausgaben, welche durch übergeordnetes Recht gebunden sind. Ausgaben, welche durch Beschlüsse des Parlaments oder des Stadtrats gebunden sind, können jederzeit auch durch das Parlament geändert werden.